

Regierungsrat Dieter Egli

## **Ansprache zum 1. Mai 2023 in Brugg**

Liebe Kolleg:innen, liebe Genoss:innen, liebe Gäste

Ich begrüsse euch ganz herzlich zu dieser 1.-Mai-Feier und danke euch, dass ihr alle gekommen seid. Das ist ja nicht selbstverständlich am ersten Arbeitstag der Woche, an dem man schon wieder vom Job vereinnahmt worden ist.

Vor einem Jahr habe ich als Allererstes an dieser Stelle von Frieden gesprochen – respektive von der Abwesenheit des Friedens angesichts des brutalen Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine. Ich habe von der ukrainischen Bevölkerung gesprochen, die von einem Tag auf den anderen ihrer existenziellen Grundlagen und ihrer Freiheit beraubt worden ist. Aber auch von den russischen Bürger:innen, die von ihrem Präsidenten unterdrückt werden, der sich offenbar zwischen Zarenreich, Sowjetstaat und Allmachtsphantasien bewegt.

Wie wichtig die Freiheit für uns alle ist und wie schnell ihr Fehlen uns ganz persönlich betreffen kann, haben uns ja während der Pandemie ganz konkret und in der Strommangellage mindestens andeutungsweise kennengelernt – und auch in der neusten Krise in unserem Land, die ich jetzt einfach mal Bankenkrise nenne und bei der es vordergründig um unser Geld geht, aber damit natürlich um unsere materielle Freiheit. Alle Diskussionen darüber, was der Staat in solchen – tatsächlichen oder erlebten – Krisen darf und was nicht und wie wir das mittragen müssen oder können, hat uns zwei Dinge vor Augen geführt: Einerseits, wie relativ das persönliche Freiheitsempfinden sein kann. Und andererseits vor allem, wie zerbrechlich das Freiheitsversprechen ist, das uns der demokratische Staat macht.

Wir mussten – wieder einmal – erkennen: Freiheit ist nicht einfach ein Zustand. Freiheit müssen wir immer wieder erarbeiten. Dieses Versprechen müssen wir selbst umsetzen. Für Freiheit müssen wir täglich kämpfen – natürlich nicht kriegerisch, sondern im demokratischen Dialog. Freiheit müssen wir zusammen definieren – und dann zusammen leben.

Und was mir gerade auch an diesem Tag – und nicht zuletzt angesichts der Bankenkrise – wichtig ist: Freiheit ist auch eine Frage der Verteilung des Wohlstandes. Das ist ein Faktum, ganz unabhängig davon, ob ich hier als Regierungsrat oder als Genosse vor euch stehe – und ganz egal ob man Verteilung aus ökonomischer Sicht oder aus gesellschaftlicher Sicht anschaut.

Und das ist aus meiner Sicht dann auch das brutalste Fazit, das wir aus dieser ganzen Krisenzeit ziehen müssen: Die Verteilungsgerechtigkeit hat nicht zugenommen. Soziale Ungleichheiten konnten wir nicht überwinden, im Gegenteil: Sie wurden in der Krise zementiert und teilweise noch massiv verschärft.

Wir müssen heute konstatieren, dass all die immer als systemrelevant eingestuften Branchen bezüglich Arbeitsbedingungen keinen Millimeter weitergekommen sind – weder bei den teilweise katastrophalen Arbeitszeiten noch bei den Löhnen. Zusätzlich fehlen jetzt den entscheidenden Branchen die dringend benötigten Arbeitskräfte, was die Belastung für die Verbleibenden noch verstärkt. Und wir müssen auch konstatieren, dass Geschlecht immer noch ein Faktor ist für soziale Ungleichheit, dass Frauen nach wie vor für die gleiche Arbeit nicht substanziell den gleichen Lohn erhalten und dass sie aufgrund ihrer Arbeitsbiografien auch bei der Rente sehr oft schlechter gestellt sind.

Die grosse Frage, die bei diesem ernüchternden Fazit bleibt und die wir uns als Arbeiter:innen-Bewegung stellen müssen, ist doch: Warum nutzen wir diese Momente nicht besser? Diese kurzen Zeitfenster,

- in denen viele begreifen, welche Berufe wirklich wichtig sind und dass deren viel zu tiefe Bezahlung und Wertschätzung eigentlich unhaltbar ist, und dass gerade in diesen Berufen die Frauen eine eminent wichtige Rolle spielen, und dass sie dafür am Ende noch bestraft werden

- in denen viele sehen, dass unsere Banken vielleicht nicht mehr im Sinne eines vernünftigen Gesamtsystems handeln, und dass sich einige wirklich schamlos bereicherten.

Warum können wir diese Momente nicht nutzen, um auf die soziale Frage, auf die ungleiche Verteilung des Reichtums und der Möglichkeiten aufmerksam zu machen? Warum vertun wir diese Chancen auf wirkliche politische Veränderungen, abgesehen von den kleinen Korrekturen, immer wieder scheinbar fahrlässig?

Wir müssen uns schon selbstkritisch fragen, ob wir überhaupt noch an die Menschen herankommen, für die wir politisch kämpfen – ob wir überhaupt noch im Kontakt sind mit ihnen. Das hat auch damit zu tun, dass viele Arbeitnehmende die Beschränkungen, denen sie eben aufgrund ihrer Stellung als Arbeitnehmende ausgesetzt sind, gar nicht mehr als solche wahrnehmen: Die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Wir leben in einer schönen neuen Welt, in der die Berufe anders aussehen als früher. So liegt es nahe, sich von Äusserlichkeiten verlocken zu lassen – von scheinbaren Freiheiten und Flexibilitäten, von Optionen und Visionen, die bei genauerer Betrachtung gar keine sind – oder nur solche von Arbeitgebenden.

Man kann es als Freiheitsgewinn sehen, flexible Arbeitsverträge zu haben, nur noch in Praktika zu arbeiten, nur noch befristet zu arbeiten oder nur noch auf Abruf – anders gesagt auf gut Glück, als Tagelöhnerin oder Tagelöhner. Man kann sich in diese Illusion flüchten – oder man muss es, wenn man keine Alternative hat.

Aber auch das ist und bleibt eben ein Faktum, ein ökonomisches und ein gesellschaftliches. Und um es zu erkennen oder anzuerkennen, muss man nicht links sein oder ideologisch gesteuert: Es gibt ein – materielles – Machtgefälle zwischen jenen, die anstellen und Lohn bezahlen und jenen, die arbeiten und Lohn dafür erhalten. Dieses Faktum stelle ich hier nicht grundsätzlich in Frage. Wenn ich das tun würde, hätte ich wohl nicht Teil einer Regierung werden wollen. Für mich ist aber klar, dass dieses Machtgefälle ausgeglichen werden muss. Und wir leben glücklicherweise in einer freiheitlichen Gesellschaft, in der es die Instrumente dazu gibt. Benutzen müssen wir diese Instrumente selber, das ist unsere Verantwortung:

Wer angestellt ist und Lohn für Arbeit erhält, muss die Bedingungen mit den Arbeitgebenden aushandeln – darf sich nicht auf Hoffnungen und einzig auf Versprechungen verlassen. Dies gilt für alle Berufe, auch wenn sie unglaublich hip und modern und individuell und kreativ sind.

Und: Alleine gelingt es nicht. Dafür braucht es die Solidarität unter den Arbeitnehmenden – die Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch füreinander. Aber natürlich braucht es auch die Bereitschaft der Wirtschafts- und Branchenverbände zu regelmässigem Austausch mit den Gewerkschaften – gerade auch jetzt vor dem Hintergrund, dass wir das Verhältnis zu Europa neu definieren müssen, und zwar zusammen.

Deshalb braucht es auch das Instrument der Gesamtarbeitsverträge. Auch wenn sie manchmal altmodisch erscheinen oder wenn sie schlichtweg oft vergessen sehen: Sie haben sich bewährt und sie funktionieren – weil sie eben in der Zusammenarbeit aller Akteure entstehen. Nur so funktioniert eine wirkliche Sozialpartnerschaft, in der man sich auf Augenhöhe begegnet.

Das ist und bleibt unsere Aufgabe. Wir müssen immer wieder aufzeigen und erklären: Soziale Gerechtigkeit, Arbeitsgerechtigkeit bedeutet eben auch Freiheit: Es ist nicht Freiheit, als Scheinselbständige:r zu arbeiten, ohne Arbeitsgarantie, ohne soziale Absicherung bei Krankheit und im Alter. Freiheit heisst im Gegenteil, einen menschenwürdigen Lohn zu erhalten und auch materiell abgesichert zu sein, nicht diskriminiert zu werden aufgrund des Geschlechts oder der Herkunft. Freiheit bedeutet, eine Perspektive zu haben, die über heute und morgen hinausgeht.

Ich wünsche uns einen schönen 1. Mai.